

## Kurzprotokoll der Januarsession 2001

- [Übersicht](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Wahlen](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen](#)

### Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 15. und dem 16. Januar 2001 fand unter dem Vorsitz von Hans Walthert, Hohenrain, eine Session des Grossen Rates statt.

Hauptgeschäft der Session war die Beratung des Schlussberichts zum WOV/LOS-Versuch sowie der Entwürfe von Gesetzesänderungen zur definitiven Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Luzern. Im Weiteren sprach sich der Grosse Rat in 1. Beratung für ein Massnahmenpaket zur Effizienzsteigerung bei den Gerichten aus und begann mit der Detailberatung des Änderungsentwurfs zum neuen Planungs- und Baugesetz.

Der Rat wählte ferner ein neues Mitglied in eine ständige Kommission und behandelte 18 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von 26 parlamentarischen Vorstössen. Die für vier Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für eine Interpellation beschlossen und durchgeführt sowie für eine Motion abgelehnt; bei einer Interpellation und bei einem Postulat wurde nachträglich auf die dringliche Behandlung verzichtet.

Von den 35 traktandierten Geschäften konnten 15 parlamentarische Vorstösse nicht behandelt werden.

### Rechtsetzung

#### **Schlussbericht WOV/LOS-Versuch und Einführung von WOV.**

Der Schlussbericht zur versuchsweisen Einführung des Modells der "Wirkungsorientierten Verwaltung" und der "Leistungsorientierten Spitäler" (WOV/LOS-Versuch) sowie die Entwürfe von Änderungen des Organisationsgesetzes und anderer Erlasse zur Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltung im Kanton Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 29. September 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 42 vom 21. Oktober 2000, S. 2611) wurden behandelt (WOV/LOS-Spezialkommission unter dem Vorsitz von Konrad Graber, Kriens); die Gesetzesänderungen wurden unter Berücksichtigung von Anträgen der Kommission und weiterer Ratsmitglieder in 1. Beratung gutgeheissen. Das Luzerner WOV-Modell wurde in den letzten fünf Jahren entwickelt und in rund 20 Dienststellen erprobt. Es soll ab Januar 2002 in der ganzen Verwaltung definitiv eingeführt und auch in den Beziehungen zwischen Parlament und Regierung umfassend angewendet werden. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

**Effizienzsteigerung bei den höchsten Gerichten.** Die Entwürfe von Gesetzesänderungen und Grossratsbeschlüssen zur Effizienzsteigerung bei den obersten Gerichten gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 20. Oktober 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 46 vom 18. November 2000, S. 2855) wurden behandelt (Kommission Justiz und Sicherheit unter dem Vorsitz von Bernhard Achermann, Richenthal) und gutgeheissen. Der Grosse Rat hatte den Regierungsrat bei der Beratung der Gerichtsreform von Luzern '99 im Juni 2000 damit beauftragt, eine grundsätzliche Reform der Gerichte im Rahmen der Totalrevision der Staatsverfassung vorzubereiten und ihm vorerst lediglich organisatorische

Massnahmen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit und der Wirtschaftlichkeit des Gerichtsbetriebs zu unterbreiten. Mit diesen Massnahmen sollen verschiedene gerichtliche Kommissionen abgeschafft und die interne Aufgabenverteilung sowie die Delegation von Aufgaben neu konzipiert werden. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

#### **Revision des Planungs- und Baugesetzes.**

Zu den Entwürfen eines Grossratsbeschlusses über die Volksinitiative "Einkaufen vor Ort – Grosszentren mit Mass" sowie einer Änderung des Planungs- und Baugesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 20. Oktober 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 46 vom 18. November 2000, S. 2854) wurde die Eintretensdebatte geführt (Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie unter dem Vorsitz von Franz Brun, Ruswil) und mit der Detailberatung angefangen. Neu geregelt werden sollen vor allem die Bestimmungen zu den Nutzungszonen, zum Erschliessungsrecht, zum Bauen ausserhalb der Bauzonen, zu den Einkaufszentren und zum Campingwesen sowie die Zuständigkeiten und Abläufe in den Planerlass- und Baubewilligungsverfahren. In dem Entwurf sind auch viele der durch die Volksinitiative "Einkaufen vor Ort – Grosszentren mit Mass" geforderten Änderungen berücksichtigt, weshalb der Regierungsrat die Ablehnung der Initiative beantragt. Die 1. Beratung der Vorlage wird in der kommenden Februarsession fortgesetzt.

#### **Wahlen**

##### **Staatspolitische Kommission.**

An die Stelle der als Kommissionsmitglied zurückgetretenen Gaby Müller, Luzern, wählte der Rat Louis Schelbert, Luzern, als neues Mitglied der Staatspolitischen Kommission

#### **Motionen**

**Teilweise erheblich erklärt** wurde die Motion

- M 189 von Walter Stucki, Emmen, über einen Planungsbericht über Massnahmen gestützt auf das Leitbild "Ausländer- und Integrationspolitik".

**Abgelehnt** wurden die Motionen

- M 202 von Marcel Roth, Entlebuch, über die Abschaffung des Arbeitslosenhilfsfonds,
- M 167 von Gerhard Klein, Wauwil, über die Beschränkung der Anzahl fremdsprachiger Kinder pro Klasse in der obligatorischen Volksschule.

**Zurückgezogen** wurde die Motion

- M 128 von Odilo Abgottspohn, Luzern, über die kommunalen Energieabgaben.

#### **Postulate**

**Erheblich erklärt** wurden die Postulate

- von Leo Müller, Ruswil, über die Revision des kantonalen Richtplans (als Motion M 176 eingereicht),
- P 225 von Ruedi Amrein, Malters, über die Herabsetzung der Grenze für eine zweite Wohnung in der voralpinen Hügelzone und im Berggebiet,
- P 206 von Heidi Lang, Ermensee, über die Schliessung bzw. Zusammenlegung von RAV-Zentren,
- P 276 von Yvonne Schärli, Ebikon, über eine Ergänzung der Leistungsaufträge der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren,
- P 184 von Rico De Bona, Littau, über die Aufnahme einer Haltestelle "Ruopigen" (Littau/Reussbühl) im Konzept der S-Bahn Zentralschweiz,
- P 668 von Adrian Borgula, Luzern, über die Stärkung des Parlaments bei der Behandlung von Planungsberichten.

**Zurückgezogen** wurde das Postulat

- P 173 von Ruedi Amrein, Malters, über die Überprüfung der Behandlung der Leitbilder von Politiken im Grossen Rat.

**Interpellationen**

**Schriftlich beantwortet** wurden die Interpellationen

- I 283 von Eva Zihlmann, Horw, über den Ertragsausfall von 30 Millionen Franken und den Verzicht auf den Teuerungsausgleich bei den Renten der Luzerner Pensionskasse,
- I 208 von Beat Ineichen, Neudorf, über den Vollzug des neuen Bundesgesetzes über die Raumplanung im Kanton Luzern,
- I 149 von Albert Vitali, Oberkirch, über die Zukunft der RAV und der Gemeindearbeitsämter,
- I 151 von Hans Stettler, Buchrain, über qualitative Anforderungen an arbeitsmarktliche Massnahmen im Kanton Luzern,
- I 275 von Walter Häcki, Luzern, über die Ausländer- und Integrationspolitik,
- I 224 von Beat Kurmann, Hergiswil, über das neu geschaffene Amt für Gemeinden,
- I 187 von Hansruedi Kurmann, Emmen, über den Vollzug von Landesverweisungen durch das Justizdepartement.